

## Stärkung der Agglomerationen durch Fusion und Kooperation



Politische und funktionale Strukturen stimmen immer weniger überein. Diese Diskrepanz stellt grosse Herausforderungen an das föderalistische System der Schweiz. Denn viele Probleme lassen sich heute nur noch in enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden lösen und bedingen zudem ein gemeinsames Vorgehen von mehreren Partnern auf der gleichen föderalen Ebene.

In den Agglomerationen sind Kooperationen zentral. Durch ihre Zentrumsfunktion sind Städte Kristallisationspunkte unterschiedlichster Probleme wie zum Beispiel Verkehr, Soziales oder Sicherheit. Damit die Städte ihre Aufgabe als gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationslokomotiven wahrnehmen können, braucht es neue Zusammenarbeitsformen. Diese zu fördern ist auch Aufgabe einer Agglomerationspolitik des Bundes. Dazu fehlt allerdings bisher die gesetzliche Grundlage.

Der Städteverband nimmt deshalb mit grosser Befriedigung zur Kenntnis, dass der Ständerat in der Herbstsession, wie

vorab der Nationalrat, einer gesetzlichen Verankerung der Agglomerationspolitik klar zugestimmt hat. Das Parlament erfüllt damit eine zentrale Forderung unseres Verbandes. Nun soll sowohl für die Agglomerationsprogramme wie auch für die Finanzierung von Modellvorhaben für die Zusammenarbeit in den Agglomerationen eine gesetzliche Basis geschaffen und zudem der Bund verpflichtet werden, die Agglomerationspolitik mit den anderen Politikbereichen zu koordinieren.

Die gesetzliche Grundlage ist das eine, die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit innerhalb der Agglomerationen das andere. Diese kann sehr unterschiedlich aussehen und reicht von lockeren Zusammenarbeitsformen über gesetzlich verankerte Institutionen bis hin zu Fusionen.

Am Städtetag in Lugano haben wir verschiedene Formen diskutiert. Am verbindlichsten und zugleich demokratisch legitimiert ist die Fusion. Sie schafft einen fairen Ausgleich zwischen demokratischer Mitbestimmung, finanzieller

Verantwortung und der Teilhabe am erzielten Nutzen. Zusätzlich spielen aber emotionale Aspekte wie Fragen der Identität und der Enthusiasmus für die gemeinsame Sache eine wichtige Rolle. Sie können sich auf Erfolg oder Misserfolg entscheidend auswirken.

Auch andere Wege als derjenige der Fusion können zielführend sein. Gerade die Metropolitanräume sind auf solche innovativen Formen der kantons- und gemeinde-, aber auch länderübergreifenden Zusammenarbeit angewiesen.

Die Diskussionen am Städtetag zeigten, dass die Zusammenarbeit innerhalb einer Agglomeration unabdingbar ist. Meistens wird sich irgendwann die Fusionsfrage stellen. Doch, trotz aller Vorteile: Eine Fusion bleibt ein langwieriger und dornenvoller Prozess. Dass der Bund die richtigen Anreize setzt, ist deshalb umso wichtiger.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Guignard'.

Dr. Marcel Guignard, Präsident SSV  
und Stadtpräsident von Aarau

### Städtetag SSV

Die Referate des diesjährigen Städtetages können auf unserer Homepage heruntergeladen werden:  
[www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

**Aussichten fürs nächste Jahr:**  
Der Städtetag 2009 wird am 27. / 28. August in Luzern stattfinden.



## Interview

# „Wir wollen freundeidgenössische Kooperation“



Interview mit Elmar Ledergerber, Stadtpräsident von Zürich, Vizepräsident SSV

**Die Stadt:** Der Bund hat im Entwurf für ein Raumkonzept drei Metropoliträume definiert: Zürich, Basel und Genf-Lausanne. Warum werden diese Räume in Zukunft noch wichtiger?

**Elmar Ledergerber:** Die drei Metropolen erbringen einen erheblichen Teil der Wertschöpfung unseres Landes. Beim Raum Zürich reden wir von 1,8 Millionen Menschen. Mit Basel und Genf umfassen die drei Grossräume rund die Hälfte der Schweizer Bevölkerung. Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Schweiz entscheidet sich in diesen Metropoliträumen. Für die Zukunft des Landes ist es deshalb wichtig, wie wir uns organisieren. Entscheidend ist eine strategisch ausgerichtete Standortentwicklung mit klaren Entwicklungszielen.

**Ist es nicht ein Bruch mit dem föderalistischen Prinzip, wenn Zürich eine Konferenz mit Kantonen einberuft?**

Die Initiative kam zwar von der Stadt Zürich, wird aber vom Kanton Zürich, von Winterthur und vom Zürcher Gemeindepräsidenten-Verband getragen. Neuerdings sind im Projektsteuergremium auch Vertreter aus den Kan-

tonen Schaffhausen, Zug und Schwyz, sowie Städtevertreter aus den übrigen Kantonen des Metropolitanraums (AG, TG, LU, SG). Die Charta zur Zusammenarbeit wurde bisher von diesen sieben Kantonen und 68 Gemeinden unterzeichnet.

**Auf dieser Plattform werden sich also auch die Gemeinden artikulieren können?**

Wir stellen uns vor, dass der Verein aus einer kantonalen und einer kommunalen Kammer besteht. Die Stimmkraft soll paritätisch zwischen den Gemeinden und Kantonen aufgeteilt sein. Wir werden aber nicht gleich zu Beginn die heikelsten Themen Finanzierung von Zentralitätsleistungen oder Fusionen anpacken, sonst blockieren wir den Prozess bereits zu Beginn.

**Also ein föderalistisch abgestütztes Verfahren mit einer sehr breiten Trägerschaft. Wie sieht der Zeitplan aus?**

Man muss die zarte Pflanze wachsen lassen. Die Charta für die Zusammenarbeit ist bereits unterzeichnet und nun gehen wir daran, für die nächsten 20 Jahre eine Vision zu entwickeln. Es geht um die Frage, wie sich dieser Raum bezüglich Wirtschaft, Demografie, räumliche Entwicklung etc. entwickeln soll. Es bestehen auch bereits weitere Aufträge, etwa im Bereich Verkehr. Was die Beteiligung betrifft, so wissen wir noch nicht, ob auch die Süddeutschen im Verein formell mitmachen.

**Sie haben es bereits angedeutet. Die Schwierigkeit besteht doch darin, dass man die „Leute überfährt“?**

Ja, erstens vom Tempo her und zweitens wegen Angst vor dem übermächtigen

Zürich. Deshalb muss das Vertrauen unter den Beteiligten sehr sorgfältig aufgebaut werden. Das zeigt sich auch in der Wahl der Tagungsorte. So fand die erste Metropolitankonferenz in Rapperswil-Jona statt, die zweite in Zug und erst die dritte in Zürich. Wir wollen damit ein klares Zeichen setzen. Zürich geht es um eine freundeidgenössische Kooperation zum Nutzen aller.

**Wo sehen Sie die grossen Chancen?**

Die metropolitanen Räume sind wichtige Teile der Schweiz. Die Schweiz hat seit 1848 keine grossen Veränderungen mitgemacht. Unsere demografischen und wirtschaftlichen Strukturen sind aber längstens darüber hinaus gewachsen. Die Chance besteht nun darin, etwas in Bewegung zu setzen, das uns handlungsfähiger macht. Ich bin überzeugt, dass wir sehr viele win-win-Projekte auf die Beine stellen können.

**Welche Wünsche haben Sie an Bundesbern und die Kantone?**

Das Verständnis für die Leistungen und Rolle der Städte ist in den letzten Jahren gestiegen. Mit dem Verfassungsartikel werden sie auch auf der Bundesebene zur Kenntnis genommen. Zudem gibt es die tripartite Agglomerationskonferenz. Sie ist zwar nützlich, leider aber etwas schwerfällig. Hier müssen wir weiterkommen. Wichtig wäre, dass die Initiative künftig nicht nur von „Bern“, sondern auch von den Kantonen aus käme. Diese sollten künftig enger mit den Städten kooperieren. Wegen der grossen Bedeutung des urbanen Raums etwa bei den Infrastrukturen und Arbeitsplätzen ist es wichtig, wenn die Städte eingebunden sind.



## Schwerpunkt Agglomerationspolitik

### Zusammenarbeit: Verschiedene Rezepte und Geschwindigkeiten

Die Rezepte für die Verstärkung der Zusammenarbeit in den schweizerischen Agglomerationen sind sehr vielfältig, wie der diesjährige Städtetag in Lugano gezeigt hat. Gemeindefusionen wie in Luzern oder Lugano sind noch eher rar. Hingegen bilden sich im Spannungsfeld zwischen verbindlicher Kooperation und kommunaler Eigenständigkeit Modelle heraus, welche die dritte föderalistische Ebene langfristig stärken. Der Newsletter des SSV beleuchtet die Thematik anhand der vier Beispiele Bern, Freiburg, Luzern und Lugano.



#### Regionalkonferenzen im Kanton Bern

##### Modell/Organe:

Der Kanton Bern verankerte 2007 die Möglichkeit der Bildung von Regionalkonferenzen in der Kantonsverfassung. Als gemeinderechtliche Körperschaften entscheiden diese Konferenzen über wichtige regionale Fragen und erleichtern die kommunale Zusammenarbeit. Den Entscheid, eine Regionalkonferenz zu bilden, treffen die Gemeinden und deren Stimmberechtigte in der Region. Das zentrale Organ der Regionalkonferenz ist die Regionalversammlung. Jede Gemeinde ist mit dem Präsidium des Gemeinderats (Exekutive) vertreten. Die Stimmkraft ist nach der Einwohnerzahl gewichtet. Die Bürger und Bürgerinnen und auch die Gemeinden als solche besitzen das Initiativ- und das Referendumsrecht.



##### Zuständigkeiten/Ziele:

Der Kanton überträgt den Regionalkonferenzen Kompetenzen in der regionalen Richt- und der Verkehrsplanung, Sied-

lungsentwicklung, Kulturförderung und Umsetzung der Neuen Regionalpolitik (NRP). Zudem können die Gemeinden der Regionalkonferenz weitere Aufgaben zuweisen (z. B. Sozialwesen, Wirtschaftsförderung). Das neue Instrument ersetzt zahlreiche regionale Organisationen.

Vorgesehen sind insgesamt sechs Regionalkonferenzen, welche jeweils einen funktionalen Raum mit einer Kernstadt (Bern, Biel/Bienne, Thun, Burgdorf, Langenthal und Interlaken), der Agglomeration sowie dem ländlichen Umland umfasst. Damit stärken die Regionalkonferenzen die Kernstädte und Agglomerationen als Wirtschaftsmotoren, ohne dass der ländliche Raum vernachlässigt wird.

##### Perspektiven:

Die erste Regionalkonferenz wurde im östlichen Berner Oberland bereits eingeführt. In der Region Bern-Mittelland wird voraussichtlich 2009 über die Einführung der Regionalkonferenz abgestimmt. Ziel ist es, bis 2013 in allen Regionen des Kantons Regionalkonferenzen einzuführen.

#### Das Modell „AGGLO“ in Freiburg

##### Modell/Organe:

Die AGGLO Freiburg ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, welche regiona-

le Projekte von Raumplanung, Mobilität, Umweltschutz, Wirtschafts-, Tourismus- und Kulturförderung plant, koordiniert und realisiert. Sie setzt sich aus zehn Gemeinden der Region Freiburg zusammen und umfasst ein Gebiet mit rund 90'000 Einwohnern.

Jede Gemeinde ist im Vorstand (Exekutive) vertreten und delegiert mindestens drei Abgeordnete in den Rat (Legislative). Neben dem Wahlrecht stehen den Bürgerinnen und Bürgern das Initiativ- und das Referendumsrecht zu. Die Übertragung wichtiger Aufgaben muss von den Stimmberechtigten und allen Gemeinden genehmigt werden.

##### Zuständigkeiten/Ziele:

Die Zuständigkeit umfasst von den Gemeinden finanzierte Aufgaben, wie den regionalen Verkehrsverbund oder die Wirtschafts-, Kultur- und Tourismusförderung. Der Rat der AGGLO Freiburg definiert den regionalen Richtplan sowie die Prioritäten in Raumplanung, Mobilität und Umweltschutz.

Mit der AGGLO Freiburg wollen die beteiligten Gemeinden Synergien schaffen und den administrativen Aufwand verringern, die Zweisprachigkeit fördern sowie die Lebensqualität verbessern und die



## Schwerpunkt Agglomerationen

nachhaltige Entwicklung sicher stellen. Für das erste Betriebsjahr ist ein Budget von 11,3 Mio. Franken vorgesehen.

### *Perspektiven:*

Ende September 2008 findet die konstituierende Sitzung des AGGLO-Rats statt. Bis im Dezember wird der regionale Richtplan vom Staatsrat genehmigt. Die Institution ist offen für neue Mitglieder. Gemeindefusionen bleiben möglich.



### **Luzern: Netzwerk oder Fusion?**

#### *Modell/Organe:*

Zweckverbände in verschiedenen Bereichen prägen heute die Zusammenarbeit in der Agglomeration Luzern. Daneben gründeten 13 Gemeinden und der kantonale Gewerbeverband 2006 den Netzwerkverein Luzern plus, der unter anderem die Entwicklung eines „Agglo-Bewusstsein“ in der Region Luzern zum Ziel hat.

Ergänzend zu den relativ wenig verbindlichen Netzwerk-Aktivitäten entschied sich die Stadt Luzern für eine Fusionsstrategie, die in einem ersten Schritt zum Zusammenschluss mit der Nachbargemeinde Littau führt (auf Anfang 2010). Im Sommer 2008 bekundeten die Gemeindebehörden von Adligenswil, Ebikon, Emmen, Horw, Kriens, Littau und Luzern die Absicht, zusammen mit dem Kanton einen „gemeinsamen ergebnisoffenen Fusionsabklärungsprozess“ zu starten.

#### *Zuständigkeiten/Ziele:*

Vor dem Hintergrund der Vision „Starke Stadtregion“ zielt dieser Prozess, der von einer neutralen Fachperson geleitet werden soll, darauf ab, die Vor- und Nachteile einer Fusion abzuklären. Die Gemeinden entscheiden vor jeder Prozessphase neu über ihre weitere Mitarbeit. Einige Gemeinden wollen bereits den Beitritt zur Steuerungsgruppe der ersten Phase dem Gemeindeparlament, resp. den Stimmberechtigten unterbreiten. Unabhängig vom Fusionsabklärungsprozess beabsichtigen die Gemeinden, Abklärungen über eine vertiefte regionale Zusammenarbeit einzuleiten.

#### *Perspektiven:*

Die gewählte Gangart erfordert mehr Zeit als ursprünglich erwartet. Die Gemeinden, die den Beitritt zur Steuerungsgruppe ihren Parlamenten, resp. den Stimmberechtigten vorlegen, wollen ihr Vorgehen koordinieren: Die Volksabstimmungen sollen gleichzeitig am 17. Mai 2009 stattfinden. Parallel dazu wird eine Grundsatzvereinbarung zwischen Kanton, Stadt Luzern und Agglomerationsgemeinden vorbereitet.

### **Fusionsprozess „Nuova Lugano“**

#### *Modell/Organe:*

Im Luganese begann im Jahre 2000 ein Prozess, der in bisher zwei Etappen den Zusammenschluss von 12 Gemeinden ergab. Nach den ersten Gesprächen, die sehr rasch von einer breit angelegten Informationstätigkeit begleitet wurden, entschieden sich in den Jahren 2002 und 2003 sieben Gemeinden mit deutlichen Mehrheiten für eine Fusion mit der Stadt Lugano. 2008 kamen drei weitere hinzu, so dass sich die Einwohnerzahl von Lugano auf 56'189 beina-

he verdoppelte und sich die Fläche des „Nuova Lugano“ rund verdreifachte und neu 32 km<sup>2</sup> beträgt.

Im Rahmen dieses Fusionsprozesses wurde der Stadtrat (Exekutive) von bisher fünf auf sieben Mitglieder erweitert. Der Gemeinderat (Legislative) besteht aus 60 Mitgliedern, wobei keine Klausel für die Vertretung bestimmter Gemeindegebiete existiert.

#### *Zuständigkeiten/Ziele:*

Ein bedeutender Faktor für den Erfolg des Fusionsprozesses war, dass in der Bevölkerung ein Zusammengehörigkeitsgefühl geweckt und die praktischen Vorteile der engen Zusammenarbeit innerhalb der Region aufgezeigt werden konnten.

Mit dem Bild der „Stadt der Quartiere“ pflegt das „Nuova Lugano“ zudem die lokalen Identitäten und sorgt etwa dafür, dass Gebäude, in denen ehemals die Gemeindeverwaltungen untergebracht waren, umgenutzt werden und weiterhin eine Zentrumsfunktion wahrnehmen.

#### *Perspektiven:*

„Nuova Lugano“ hat eine Aufbruchstimmung ausgelöst. An verschiedenen Orten auf dem Stadtgebiet sind Ideen für neue Projektideen in den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Kultur etc. entstanden. Zudem will Lugano bewusst Beziehungen mit anderen Städten pflegen – national und international.



## Politik

### Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2008

Der Vorstand des SSV hat seine Haltung zu folgenden Vorlagen beschlossen:

#### Ja zum revidierten Betäubungsmittelgesetz

Aus der Not der offenen Drogenszenen, die das Bild der Drogenpolitik in den 80er und 90er Jahren prägten, entwickelten die Städte eine 4-Säulen-Strategie aus Repression, Therapie, Schadensminderung und Prävention. Diese Politik hat sich bewährt und soll nun im Betäubungsmittelgesetz verankert werden.

Der Städteverband unterstützt die Revision des Betäubungsmittelgesetzes klar, stärkt es doch die Sicherheit im öffentlichen Raum und verbessert die Gesundheit der abhängigen Menschen gleichermaßen. Auch baut es den Jugendschutz aus und sorgt für eine bessere Koordination zwischen Bund, Kantonen und den Städten.

#### Nein zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts

Städte haben mit grossen Bauvorhaben und Beschwerden gegen diese reiche Erfahrung. Zuweilen mögen die Beschwerden von Verbänden ärgerlich sein, sie tragen aber oft auch zu Projektverbesserungen bei und entsprechen demokratischen Grundrechten. Deshalb empfiehlt der Vorstand des SSV ein Nein zur Initiative.

### Aus dem Parlament

#### Meilenstein für Agglopolitik

Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer verbindlichen Agglomerationspolitik des Bundes ist erreicht! Der Ständerat stimmte am 22. September als Zweitrat der von Nationalrat Dominique de Buman initiierten Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) für einen Agglomerationsartikel zu. Der Bundesrat wird beauftragt, die Agglomerationsprogramme gesetzlich zu verankern, Modellvorhaben in der Zusammenarbeit zu unterstützen und die Agglomerationspolitik mit den anderen Sektoralpolitiken zu koordinieren.

Der Städteverband, der sich sehr stark für diese Motion eingesetzt hat, begrüsst den Entscheid des Ständerates ausdrücklich. Auch im weiteren Gesetzgebungsprozess wird er die städtischen Interessen engagiert einbringen.

#### Hearing zur Sozialpolitik

Der Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik und die Direktorin SSV nahmen an einem Hearing der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit teil. Sie legten dar, wie zentral der Einbezug der Städte in der Sozialpolitik ist, und forderten eine stärkere Koordination und Steuerung sowie die Beseitigung von Doppelspurigkeiten bei den Sozialwerken. Sie machten zudem auf die Notwendigkeit einer Rahmengesetzgebung des Bundes aufmerksam.

### Vernehmlassungen

#### Mehr Flexibilität bei Berufsmaturität

Der Städteverband begrüsst, dass die Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität an die Entwicklungen der Berufsbildung seit den 1990er Jahren

angepasst wird. Die Flexibilität auf der Angebotsseite wie bei den Absolventinnen und Absolventen wird gestärkt.

#### Ja, aber zur Ergänzungsregel bei der Schuldenbremse

Das revidierte Finanzhaushaltsgesetz sieht eine Ergänzungsregel für die Schuldenbremse vor, mit der Defizite des ausserordentlichen Bundeshaushalts über den ordentlichen Haushalt kompensiert werden. Eine Schuldenstabilisierung liegt auch im Interesse des Städteverbandes. Die Ergänzungsregel darf aber nicht zu Lastenabwälzungen auf Kantone und Gemeinden führen. Zudem müssen ausserordentliche Einnahmen auf dem Amortisationskonto zu einer kürzeren Amortisationsfrist führen, da dieser Mechanismus der Regel für neue ausserordentliche Ausgaben entspricht.

#### Balance zwischen Gewässerschutz und -nutzung

Der Städteverband unterstützt den Gegenvorschlag der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-S) zur Fischereiinitiative. Revitalisierungen sind für Artenvielfalt und Hochwasserschutz auch im urbanen Raum bedeutend. Der Verband verlangt aber die Weiterleitung der Bundesbeiträge an Städte und Gemeinden, wenn diese Revitalisierungsprojekte mitfinanzieren. Auch dürfen Gewässerrevitalisierungen nicht auf Kosten der dringenden Hochwasserschutzprojekte realisiert werden. Für beide Aufgaben sind ausreichende Mittel bereitzustellen.

Vollständige Vernehmlassungen des SSV unter [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)



## Verband

### Littering: Rasche Lösungen sind gefragt!

**Littering – das achtlose Wegwerfen von Abfällen im öffentlichen Raum – beschert vor allem den Städten stark zunehmende Kosten für Reinigung und Abfallentsorgung. Der Städteverband setzt sich ein für rasche Lösungen, die auf dem Verursacherprinzip beruhen.**

Innerhalb von zehn Jahren haben sich die im öffentlichen Raum entsorgten Abfallmengen verdoppelt. Die Reinigungskosten im urbanen Raum belaufen sich insgesamt auf rund 450 Mio. Franken. Davon sind geschätzte 45 bis 135 Mio. Franken Folgekosten des Litterings.

Deshalb forderte der Städteverband am Runden Tisch des Bundesamtes für Umwelt zum Thema Littering rasche verursachergerechte Lösungen für Pendlerzeitungen und Take-Away-Verpflegungen:

- Bis Ende 2008 soll eine Branchenlösung für die Pendlerzeitungen vorliegen, mit der die Verleger zur Übernahme der Entsorgungskosten ihrer Imprime verpflichtet werden. Zwischen den Verlegern und den Städten ist ein entsprechender Rahmenvertrag abzuschliessen.

- Andernfalls wird sich der Städteverband für die Einführung einer vorgezogenen Entsorgungsgebühr für Pendlerzeitungen einsetzen, wie dies Bundesrat Leuenberger in Aussicht gestellt hatte.

- Zudem strebt der Städteverband eine Kostenbeteiligung von Grossverteilern und Detaillisten bei der Entsorgung von Take-Away-Verpackungen an. Hier braucht es eine Lösung, die mit Anreizen für Eigenleistungen in der Abfallentsorgung gekoppelt ist und neben den Grossverteilern auch die Kleinbetriebe einbezieht.

### Wechsel im Vorstand

Nach langjähriger Mitgliedschaft im Vorstand hat Manuel Tornare, der als Stadtpräsident die Stadt Genf im Städteverband vertreten hatte, seinen Rücktritt erklärt. Der Präsident des Städteverbandes, Dr. Marcel Guignard, dankte Manuel Tornare anlässlich des Städtetags in Lugano für seine engagierte Mitarbeit im Vorstand. Anstelle von Manuel Tornare wählte die Generalversammlung Sandrine Salerno in den Vorstand. Sie ist seit dem Sommer 2007 Mitglied der Genfer Stadtregierung und steht dem Finanz- und Wohndepartement vor.



### Alkoholverkauf an Bahnhöfen: Demarche des SSV

Auf Initiative von Yverdon-les-Bains hat der Städteverband bei seinen Mitgliedern eine Umfrage durchgeführt und ist mit dem Anliegen an die SBB gelangt, den Alkoholverkauf an Bahnhöfen am Abend einzuschränken. Die SBB haben schon während der Umfrage den Alkoholverkauf ab 22 Uhr untersagt. Im Frühjahr 2009 wird ein Bericht über die Erfahrungen mit dieser Praxis vorliegen. Der Städteverband wird danach mit den SBB das weitere Vorgehen besprechen und wieder informieren.

# diestadt sozial

### Martin Tschirren neuer Leiter Öffentlichkeitsarbeit



Am 1. September hat Martin Tschirren die neu definierte Stelle des Leiters Öffentlichkeitsarbeit beim SSV angetreten. Er war in den vergangenen drei Jahren als Leiter Public Affairs für die Kraftwerke Oberhasli (KWO) tätig und zuvor in verschiedenen Funktionen als Diplomat im EDA. Er studierte Geschichte und Theologie an der Universität Fribourg und absolvierte einen Nachdiplomstudiengang in Kommunikation und Management an der Universität St. Gallen. Der neue Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit ist verheiratet und lebt in Bern.

Kontakt:

T 031 356 32 34,

M 076 561 16 52

Mail [martin.tschirren@staedteverband.ch](mailto:martin.tschirren@staedteverband.ch)

### Verkehrsinfrastruktur gefährdet

**Werden die Kürzungsvorgaben aus der Aufgabenüberprüfung des Bundes umgesetzt, fehlen für Schiene und Strasse ab 2015 jährlich mehr als 1 Mrd Franken. Damit wird die dringend nötige Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturen gefährdet. Davor hat der SSV am Städtetag in Lugano gewarnt. Der SSV wies auch darauf hin, dass der Infrastrukturfonds für die eingereichten und angemeldeten Agglomerationsprogramme selbst bei äusserst strenger Priorisierung nicht ausreicht.**



## Agenda

### Schweizerischer Städteverband

#### 4. November 2008

Kommunale Jugendpolitik und Jugendarbeit: Von der Theorie zur Praxis

Träger: Schweizerischer Gemeindeverband, Partner: SSV und Bundesamt für Sozialversicherungen in Olten

#### 27. / 28. August 2009

Städtetag  
in Luzern

Weitere Auskünfte:

Christina Grab

E-Mail: [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)

Tel.: 031 356 32 32

### Kommunale Infrastruktur

#### 13. November 2008

Workshop Führungsfragen  
in Nottwil

#### 25. November 2008

Fachtagung: Biogene Abfälle aus Städten und Gemeinden - wie verwerten?  
in Olten

Weitere Auskünfte:

Laura Fellmann

E-Mail: [info@kommunale-infrastruktur.ch](mailto:info@kommunale-infrastruktur.ch)

Tel.: 031 356 32 32

### Städteinitiative Sozialpolitik

#### 14. November 2008

Herbstkonferenz in Lausanne  
Thema «Frühförderung»

Weitere Auskünfte:

Städteinitiative Sozialpolitik

E-Mail: [info@staedteinitiative.ch](mailto:info@staedteinitiative.ch)

Tel.: 041 208 81 32

### Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeglieder

#### 19. Juni 2009

Generalversammlung  
in der Region glow.das Glattal

Weitere Auskünfte:

Urs Müller

E-Mail: [urs.mueller@wallisellen.zh.ch](mailto:urs.mueller@wallisellen.zh.ch)

Tel.: 044 832 62 40

### Weitere Organisationen

#### 5. November 2008

Fachtagung: Die Haftung des Gemeinwesens in der Raumplanung  
in Wil SG

Weitere Auskünfte:

Schweizerische Vereinigung für Landesplanung, VLP-ASPAN

E-Mail: [info@vlp-aspan.ch](mailto:info@vlp-aspan.ch)

Tel.: 031 380 76 76

#### 18. November 2008

2. Nationales eGovernment-Symposium

Träger: u.a. Informatikstrategieorgan des Bundes, Patronat: SSV und andere  
in Bern

Weitere Auskünfte:

[www.egovernment-symposium.ch](http://www.egovernment-symposium.ch)

Tel.: 031 312 18 48 (Furrer.Hugi&Partner AG)

#### 26. November 2008

Nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde steuern und beurteilen  
Veranstalter: Pusch, in Zusammenarbeit mit SSV und Bundesamt für Raumentwicklung  
in Olten

Weitere Auskünfte:

Praktischer Umweltschutz Schweiz Pusch

E-Mail: [mail@umweltschutz.ch](mailto:mail@umweltschutz.ch)

Tel.: 044 267 44 11

#### 4. / 6. / 11. November 2008

Grenchner Wohntage 2008

Träger: Bundesamt für Wohnungswesen, Stadt Grenchen und andere  
in Grenchen

Weitere Auskünfte:

Bundesamt für Wohnungswesen

[www.bwo.admin.ch](http://www.bwo.admin.ch)

E-Mail: [wohntage@bwo.admin.ch](mailto:wohntage@bwo.admin.ch)

## Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV)

Renate Amstutz, Direktorin

Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Tel: 031 356 32 32

Fax 031 356 32 33

Internet: [www.staedteverband.ch](http://www.staedteverband.ch)

E-Mail: [info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)

Der Newsletter des SSV erscheint 8-10 Mal jährlich

Newsletter abonnieren:

[info@staedteverband.ch](mailto:info@staedteverband.ch)

